

Die internationale wirtschaftliche Entwicklung

Autor(en): **Jucker, Waldemar**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **51 (1959)**

Heft 5

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-353892>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

bei Militärdienst vom 1. April 1949 und über die Seeschifffahrt unter der Schweizer Flagge vom 23. September 1953 sowie der Bundesbeschluß über Maßnahmen zur Erhaltung der Uhrenindustrie vom 22. Juni 1951. Außerdem enthält das Fabrikgesetz einige zivilrechtliche Vorschriften sowie solche über das arbeitsgerichtliche Verfahren. Das Landwirtschaftsgesetz vom 3. Oktober 1951 verpflichtet sodann die Kantone, Normalarbeitsverträge zur Regelung des landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnisses zu erlassen.

Die kantonale Gesetzgebung über den Arbeitnehmerschutz hat in dieser neuesten Periode ebenfalls weitere Fortschritte gemacht. Basel-Stadt erließ ein Arbeitsgesetz (1920) und ein Feriengesetz (1931), und das Wallis sowie die Waadt erhielten 1933 bzw. 1944 allgemeine Arbeitnehmerschutzgesetze. Das Tessin schuf 1936 ein umfassendes Arbeitnehmerschutzgesetz – neuestens ersetzt durch ein solches vom Jahre 1953 –, und Glarus erneuerte sein Gesetz über den Arbeitnehmerschutz im Jahr 1947. Trotz den sich abzeichnenden Möglichkeiten einer umfassenden Arbeiterschutzesetzgebung des Bundes sind die Kantone in den letzten Jahren namentlich in der Ferienfrage tätig gewesen; bis heute haben 12 Kantone besondere Ferienregelungen aufgestellt. Verschiedene Kantone haben sich durch Spezialerlasse des Kinopersonals angenommen oder den Sonderschutz für gewisse Berufe ausgebaut. Auch über die Arbeit im Gastwirtschaftsgewerbe, über den Ladenschluß und über das Hausierwesen haben verschiedene Kantone Vorschriften erlassen, die in den Bereich des Arbeitnehmerschutzes fallen. Schließlich tragen die Submissionsordnungen der Kantons- und Gemeindeverwaltungen den Forderungen des Arbeitnehmerschutzes ebenfalls Rechnung.

Dr. F. W. Bigler, Bern.

Die internationale wirtschaftliche Entwicklung

Die Ausgangslage für die Hochkonjunktur

Gerade als die Wirtschaft sich von der ersten Konjunkturrückbildung der Nachkriegsjahre zu erholen begann, brach der Koreakrieg aus. Industrie, Handel und, in geringerem Ausmaß, die Verbraucher, begannen an Vorräten zusammenzukaufen, was irgendwie zu haben war. Die Regierungen steigerten ihre Rüstungsausgaben massiv, überall wurde zu strengen antiinflationären Maßnahmen geschritten. Mit dem Abklingen der allgemeinen Kriegsgefahr setzte der Lagerabbau ein. Die Regierungen versuchten, die Rüstungsausgaben zu beschränken, was in den Vereinigten Staaten zu einem Rückgang des öffentlichen Verbrauches, in Europa zu dessen Stagnation führte.

Der beginnende Konjunkturaufstieg wurde deshalb durch eine starke Geldflüssigkeit gefördert. Die Industrie war während der Stagnationsperiode mit Investitionen zurückhaltend gewesen, der Lagerabbau verstärkte ihre Liquidität noch. Die auf die Rüstungsperiode folgende Ermäßigung des Steuerdruckes verbesserte die Selbstfinanzierungsmöglichkeiten der Wirtschaft und begünstigte den privaten Verbrauch vor allem der mittleren Einkommenschichten, die in Europa für den Kauf dauerhafter Konsumgüter immer noch den wichtigsten Absatzmarkt bilden.

Konjunkturfördernd wirkte in Europa ferner der technische Rückstand der Industrie gegenüber den Vereinigten Staaten. Zahlreiche neue Erfindungen, die zum Teil noch vor oder während des Weltkrieges gemacht worden waren, hatten wegen der Zeitumstände in Europa nicht ausgewertet werden können. Vor allem auch die unzähligen, meist mit amerikanischer Beihilfe nach den Vereinigten Staaten entsandten technischen Missionen führten dazu, daß die europäischen Industriellen klarere Vorstellungen als jemals zuvor über ihr ungenutztes Rationalisierungspotential erhielten. Aber auch im Wohnungs-, Fabrik- und Geschäftsbau bestand immer noch ein großer ungesättigter Bedarf. Nachdem die kriegszerstörten Bahnen, Brücken und öffentlichen Bauten weitgehend wiederhergestellt worden waren, ergab sich nun die Möglichkeit, den privaten Bau wieder stärker zum Zuge kommen zu lassen. Mit der Ueberwindung der Krisen- und Kriegsangst verdichteten sich die Investitions- und Bauwünsche immer mehr, auf die erste Wiederaufbauwelle folgte nun die zweite, weitgehend vom privaten Sektor getragene Expansionswelle. Sie wurde noch dadurch erleichtert, daß unter dem Regime des Marshallplanes und der nationalen Wiederaufbaupläne in den Basisindustrien – Elektrizität, Petroleumraffinerien, Bergbau, Eisen und Stahl – Reservekapazitäten geschaffen worden waren. Die Expansion wurde damit nicht bereits in ihren Anfängen durch einen Energie- und Stahlmangel behindert, sondern konnte frei ihren Lauf nehmen.

Der Kumulationsprozeß

Wenn ein Konjunkturaufstieg einmal ein gewisses Tempo erreicht hat, beginnt er sich aus seinen eigenen Kräften selbst zu verstärken. Die Zusammenballung der zusätzlichen Nachfrage auf Investitions- und dauerhafte Konsumgüter sowie chemische Produkte verstärkte die Konzentration in den strukturell ohnehin zum Großbetrieb neigenden Industriezweigen. Die Verstädterung wurde dadurch verstärkt, was den Bauaufwand vermehrte. Die zunehmende Motorisierung verstopfte nicht nur die Straßen, sondern verursachte ein Ansteigen der Oelimporte, was eine sekundäre Investitions- welle im Tanker- und Raffineriebau auslöste. Die zunehmende Zahl

von elektrischen Haushaltgeräten trieb den Verbrauch an elektrischer Energie mit in die Höhe, so daß die vorausgeplanten Kapazitäten nicht mehr ausreichten. Die Stahlnachfrage stieg so stürmisch, daß von 1956 an die Kapazitätsreserven erschöpft waren und zur Deckung des neuen Bedarfes neue Werke erstellt werden mußten. Mit zunehmenden Umsatzzahlen mußten die vorher abgebauten Lager weit über den alten Stand erhöht werden. Da die in einer Wirtschaft gehaltenen Lager in der Regel einen Fünftel bis einen Viertel eines jährlichen Volkseinkommens ausmachen, stieg infolge der notwendig gewordenen Auffüllung der Vorräte die Warennachfrage rascher als der Konsum der Verbraucher.

Unter dem Druck der immer rascher ansteigenden Nachfrage, zu deren Bewältigung keine Reservekapazitäten mehr zur Verfügung standen, begannen die Preise nach oben in Bewegung zu geraten. Schlechte landwirtschaftliche Ernten verstärkten die Aufwärtsbewegung der Preise. Die am Anfang des Booms vorhandenen Liquiditätsreserven begannen zusammenzuschmelzen. Dies traf die am meisten konjunkturbegünstigten Zweige der Wirtschaft am wenigsten, da sie infolge der starken Nachfrage in der Lage waren, in die Selbstfinanzierung auszuweichen. In den konkurrenzintensiveren Teilen der Wirtschaft machte sich jedoch ein immer stärkeres Kreditinteresse geltend. Gleichzeitig begann der öffentliche Verbrauch wieder anzusteigen. Vor allem die zunehmende Verstädterung und Motorisierung, die Bewältigung der geburtenreichen Jahrgänge im Schulwesen, zum Teil steigende Kosten der Einkommensgarantien für die Landwirtschaft, führten zu größeren zivilen staatlichen Ausgaben, die nicht mehr durch anteilmäßig sinkende Rüstungsausgaben aufgefangen werden konnten.

Überall entstand das Gefühl, die Nachfrage beginne den Produktionsmöglichkeiten voranzulaufen und es gelte, das Expansionstempo zu drosseln, wenn man eine scharfe Inflationswelle vermeiden wolle. Die Ungarn- und Suezkrise verschärfte mit ihrem Anreiz zur verstärkten Lagerbildung diese Gefahr noch.

Vom Boom zur Rezession

Als die Phase der Konjunkturdrosselung einsetzte, waren in den weltwirtschaftlich wichtigsten Ländern überall konservative Regierungen im Amt. Dies drückte den antiinflationären Maßnahmen weitgehend den Stempel auf und führte zu einer einseitigen Bevorzugung geld- und kreditpolitischer Maßnahmen. Die Konjunkturdämpfung wurde dadurch unnötig weit getrieben.

In den *Vereinigten Staaten* erfolgte 1955 ein Anstieg des Volkseinkommens um rund 8 Prozent. Dieser löste einen stärkeren Preisanstieg aus, der sich 1956 und 1957 fortsetzte, obwohl die Auf-

wärtsentwicklung des Volkseinkommens und der Produktion sich stark abschwächte und sich in einem nichtinflationären Rahmen hielt. Führend im Preisanstieg waren bei den Großhandelspreisen die Metall- und Maschinengruppe, welche auch die Automobile einschließt, sowie Papiermasse, Papier und verwandte Produkte. Innerhalb der Verbraucherpreise lagen die Gruppen nichtdauerhafte Güter (ohne Lebensmittel, zum Beispiel Heizöl, Benzin, Waschmittel, Kosmetika) und Dienstleistungen (Miete, Preise neuer Einfamilienhäuser, Gas, Elektrizität, Arztkosten, Telefon, Autoreparaturen, Spitalpflege) an der Spitze. Beunruhigt durch den Preisanstieg begannen Regierung und Zentralbank, das Geld- und Kreditvolumen zu begrenzen und behinderten damit die bereits weichende Nachfrage noch mehr. Der Preisauftrieb wurde dadurch nicht gebrochen, sondern verschärfte sich 1957 noch. Zu den bereits 1956 teurer gewordenen Gruppen gesellten sich sozusagen alle übrigen Kategorien, einschließlich der Lebensmittel. Die Behörden standen vor einem Rätsel und schoben den Mißerfolg ihrer Politik den Gewerkschaften zu. Da der private Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung von 1955 auf 1956 um ganze 2 Prozent zunahm und nachher auf diesem Niveau bis zum Konjunkturunbruch verharrte, können die Preissteigerungen kaum einem übersetzten privaten Konsum zugeschrieben werden. Parlamentskomitees versuchten in Einvernahmen, die Ursachen der Preissteigerung zu ergründen, ohne daß sich diese zweifelsfrei hätten abklären lassen. Einige der vorgebrachten Erklärungsgründe seien hier erwähnt. Die großen Gesellschaften, welche in der Metallverarbeitung und Erzeugung, beim Telefon, in der Seifenindustrie und im Handel dominieren, können sich Restriktionsmaßnahmen weitgehend entziehen, indem sie die Selbstfinanzierung verstärken. Ihr dominierender Einfluß auf den Markt gestattet ihnen eine entsprechende Preispolitik. Ihre Investitionsprojekte brauchen in der Regel einige Jahre zur Durchführung und können nicht auf einen Wink der Zentralbank hin abgestoppt werden. Der von Großbetrieben beherrschte Teil der Wirtschaft wird deshalb durch die Kreditverknappung in gewissem Maße beinahe gezwungen, über Preiserhöhungen die Selbstfinanzierung zu verstärken. Soll diese Reaktion verhindert werden, so muß die Konjunkturdämpfung so weit getrieben werden, daß die Umsätze spürbar fallen und die Selbstfinanzierungsmöglichkeiten dadurch verringert werden. Dieser Fall trat nun für einen Teil der Metallindustrie ein, weil die Abzahlungskäufe besonders für Autos erschwert wurden, die von den Restriktionen nicht betroffenen Käufer den neuen Modellen gegenüber kaufunlustig blieben und zum Teil auf europäische Mittelwagen abzuwandern begannen.

Ein weiteres Element, das zu Preiserhöhungen beitrug, war die starke Nachfrage nach Einfamilienhäusern. Eine Einkommenssteigerung von 1 Prozent führte in der Nachkriegszeit zu höheren

Wohnausgaben von 1,4 Prozent. Das überproportionale Wachstum dieses Marktes hat sich auch auf die Preisbildung ausgewirkt.

Ein drittes Moment ist das mehr oder weniger zwangsläufige Ansteigen der Preise der Dienstleistungen, da in diesen Branchen die Produktivitätszuwachsrate unterdurchschnittlich gering ist und überdies die amerikanische Energieerzeugung (Oel, Elektrizität) mit wachsenden Einheitskosten rechnen muß, da mehr und mehr auch weniger günstige Lagerstätten oder Wasservorkommen ausgebeutet werden müssen.

Es scheint deshalb, als sei es nur noch bei den Rohstoffen, vor allem den eingeführten, und den von Klein- und Mittelbetrieben dominierten Wirtschaftszweigen möglich, durch eine Konjunkturdämpfung einen Preisrückgang zu erzwingen. Auch dieser Erfolg ist mehr scheinbar als real, denn bei einem neuen Konjunkturaufschwung erholen sich sowohl Rohmaterialpreise wie Frachtsätze wieder, und auch die Klein- und Mittelbetriebe werden versuchen, ihre gedrückten Margen zu verbessern. Die Veränderungen der Produktions- und Nachfragestruktur scheinen dazu geführt zu haben, daß eine «klassische» Geld- und Kreditpolitik kaum mehr die von ihr erhofften günstigen Wirkungen zeigt, dagegen aber einen Wohlstandsverlust bringt, der durch den praktischen Erfolg kaum mehr zu rechtfertigen ist; sie mag höchstens noch eine Radikalkur gegen die galoppierende Inflation oder gegen schwere Störungen der Zahlungsbilanz sein. Im Rahmen einer Konjunkturpolitik der «leichten Hand» wird sie allgemach ein zu grobschlächtiges Mittel, das sich ausschließlich gegen die schwächeren Wirtschaftsgruppen richtet, wenn es nicht mit andern Maßnahmen kombiniert verwendet wird.

Wohl haben in den letzten Monaten die amerikanischen Behörden die Bremsen gelockert. Da die Großindustrie jedoch auch in der Periode der Konjunkturabschwächung ihre begonnenen Investitionsprojekte durchführte, bestehen Kapazitätsreserven, welche die Zunahme der Investitionstätigkeit verlangsamten. Die Lagerauffüllung, das zunehmende Interesse der Konsumenten für langlebige Verbrauchsgüter wie zunehmende Bautätigkeit und steigende Regierungsausgaben haben zwar zu einer Wiederbelebung geführt. Das Wachstumspotential der amerikanischen Wirtschaft wird jedoch nicht voll ausgenutzt; die immer noch hohe Zahl der Arbeitslosen zeigt dies mit aller Deutlichkeit.

In *Europa* verlief das Experiment der Konjunkturdämpfung im großen und ganzen weniger dramatisch. Ihre starke Abhängigkeit vom Außenhandel zwang die meisten Länder, relativ frühzeitig gegen inflationäre Erscheinungen anzukämpfen. Da der politische Druck zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung auf unserem Kontinent vermutlich stärker ist als in den Vereinigten Staaten, war zum vornherein eine «amerikanische Ueberdosierung» der Restriktionspolitik praktisch kaum durchführbar.

Bereits 1955 gerieten in England, Schweden, Holland, Italien und Dänemark die Preise in eine empfindliche Aufwärtsbewegung. Diese Tendenz hielt in der ersten Hälfte 1956 zum Teil an und griff noch auf andere Länder über. Bevor die eingeleiteten Dämpfungsmaßnahmen voll zur Auswirkung gelangen konnten, brachen der Ungarn- und Suezkrieg aus. Die Restriktionen waren den einsetzenden Vorratskäufen nicht gewachsen, so daß es zu einer Preiswelle auf dem ganzen Kontinent kam und gleichzeitig eine intensive Währungsspekulation, vor allem gegen das Pfund, einsetzte. Bei den meisten Regierungen löste dies eine Panikreaktion aus, die zu einer Ueberdosierung der Restriktionspolitik führte. Die Regierungen wurden von einem «Eisenhower-Komplex» erfaßt. Schon vor Beginn der kriegerischen Ereignisse hatten die Investitionen eine Zuwachsrate erreicht, die sich ohne Inflation auf die Dauer nicht aufrechterhalten ließ. Das sprunghafte Ansteigen der Lagerbildung trieb die Investitionsquote nochmals in die Höhe, darüber hinaus begannen die Rüstungsausgaben wieder zu steigen.

Da konservative Regierungen die Investitionspolitik der ihnen nahestehenden Industrie- und Handelskreise als mehr oder weniger unantastbar ansehen, neigen sie dazu, den privaten Verbrauch, die Löhne und den mangelnden Sparwillen der untern Einkommensgruppen als Sündenbock der Inflation anzusehen. Weil die Investitionen dem Verbrauch bereits vorausgelaufen waren, konnte eine Konsumbeschränkung nur die Wirkung haben, das entstehende Ungleichgewicht zu verstärken und einen späteren Rückschlag zu verschärfen. Kurzfristig war eine Dämpfung des Preisauftriebes kaum zu erreichen, solange die politische Spannung anhielt und der Drang zur Anlegung von Vorräten auch bei den Verbrauchern wach blieb. Die Wirkung der Restriktionen trat erst ein, als die Kriegsgefahr nachließ und die Lager wegen der fallenden Rohmaterialpreise ohnehin reduziert worden wären und damit Dämpfungsmaßnahmen auf der Konsumseite nicht mehr nötig waren. Am frühesten und schärfsten betroffen wurden die sekundären Investitionen, vor allem der Wohnungsbau. Eine solche Politik kann sich jedoch ebenfalls destabilisierend auswirken, weil so nur ein neuer Nachholbedarf entsteht, der die Spannungen in einem neuerlichen Konjunkturaufstieg verschärft.

Die Verlangsamung der Zunahme des Verbrauchs, der Lagerabbau und das Nachlassen der Bautätigkeit haben jedoch 1958 über verringerte Gewinnmargen auch die primär expansiven Teile, die Anlageinvestition in der Metallerzeugung und -verarbeitung, in der Chemie und den Grundstoffindustrien, erfaßt. Diese Dämpfung war an und für sich notwendig, sie wurde aber mit Mitteln erreicht, die einen neuen Aufschwung erschweren. Die Mitte 1958 verfügbaren Lockerungen in der Zins- und Kreditpolitik haben den Wohnungsbau zwar wieder belebt, eine bessere Ausnutzung der Kapazitäten

der Verbrauchsgüterindustrie kommt aber nur zögernd in Gang. Vor allem der nun auch in Europa mehr oder weniger abgeschlossene Lagerabbau dürfte der Industrieproduktion einen Impuls erteilen. Wären bei der Eindämmung der Investitionen mehr fiskalische Methoden verwendet worden, so hätte sich der Konsum vermutlich rascher an die Kapazitäten heranbringen lassen.

Der Ausbau des Internationalen Währungsfonds und die Konvertibilität

Unter die günstigen Auswirkungen des Dämpfungsexperimentes ist zu rechnen, daß die internationalen Währungsverhältnisse eine Stabilisierung erfahren haben. Der Lagerabbau und der Rückgang der Rohmaterialpreise verringerten die von Europa an die überseeischen Rohmaterialproduzenten zu leistenden Zahlungen. Die europäische Ausfuhr nach diesen Ländern konnte sich im großen und ganzen trotzdem halten oder nahm noch zu, weil diese Länder früher angesammelte Währungsreserven einsetzten und zusätzlich von den Vereinigten Staaten, der Weltbank und, in geringerem Ausmaß, vom internationalen Währungsfonds Kredite erhielten. Dazu kam der Glücksfall, daß die amerikanischen Verbraucher für die europäischen Automobile trotz des Konjunkturrückgangs ein vermehrtes Interesse zeigten und die Preispolitik der amerikanischen Großunternehmen die europäische Ausfuhr nach Amerika begünstigte. Da die Vereinigten Staaten trotz der sonst verfolgten Sparpolitik die Auslandshilfsprogramme aufrechterhielten, nahmen die europäischen Gold- und Devisenbestände fühlbar zu.

Die mit der Suezkrise und dem Krieg in Nordafrika in Verbindung stehenden englischen, dänischen, belgischen, holländischen und französischen Zahlungsprobleme konnten dank großzügiger Kreditgewährung durch den internationalen Währungsfonds, die zum Teil durch Kredite befreundeter Regierungen und von Großbankgruppen ergänzt wurden, gemeistert werden. Die Mittel des Fonds wurden aber dadurch stark in Anspruch genommen und würden nicht ausreichen, wenn durch die Rohmateriallage in Bedrängnis geratene Entwicklungsländer ähnliche Kreditbegehren stellen würden. Es wurde deshalb beschlossen, die frei verfügbaren Reserven des Fonds, die gegenwärtig rund 1,4 Milliarden Gold und Dollars betragen, auf 3,7 Milliarden zu erhöhen. Die in nächster Zeit fällig werdenden Rückzahlungen dürften diese Mittel noch weiter verstärken.

Die auf Anfang 1959 in einer Reihe von europäischen Ländern beschlossene Ausländerkonvertierbarkeit¹ der Währungen wird den

¹ Ausländerkonvertierbarkeit bedeutet, daß Ausländer, die im Waren- und Dienstleistungsverkehr verdiente Währung eines Landes frei in jede andere Währung oder in Gold umwechseln können.

Operationsspielraum des Fonds weiter verbessern. Der Fonds sollte jetzt dann über genügend Mittel verfügen, um den unterentwickelten Gebieten genügend Kredite zu gewähren, wenn sie durch nachgebende Rohmaterialpreise in temporäre Zahlungsschwierigkeiten geraten.

Mit der Einführung der Ausländerkonvertierbarkeit wurde vereinbarungsgemäß die europäische Zahlungsunion, über welche sich der bisherige innereuropäische Clearing abwickelte, aufgehoben und durch das europäische Währungsabkommen ersetzt. Unter dem neuen Abkommen erhalten die einzelnen Länder keine automatischen Kredite mehr, sondern müssen von Fall zu Fall um Darlehen nachsuchen.

Bei aller Genugtuung über die größere Freizügigkeit des Geldverkehrs darf doch nicht übersehen werden, daß die größere Freiheit ausgerechnet in einem Moment eingeführt wurde, wo die wirtschaftliche Zusammenarbeit der westeuropäischen Länder sich lockerte. Es besteht damit ein gewisses Risiko, daß bei kurzfristigen Zahlungsbilanzschwierigkeiten eine deflationistische Wirtschaftspolitik betrieben werden muß, weil die konjunkturpolitische Zusammenarbeit innerhalb des Kontinents loser geworden ist. Die Konvertierbarkeit vermag die Zusammenarbeit nicht zu ersetzen, im Gegenteil, sie macht sie noch dringlicher.

Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Freihandelszone

Am 1. Januar trat innerhalb der sechs Länder der EWG (Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Holland, Italien) der erste 10prozentige Zollabbau in Kraft, der gleichzeitig mit einer Erhöhung der Einfuhrkontingente verbunden war. Die nicht an der EWG beteiligten Länder hatten gehofft, daß es auf diesen Zeitpunkt hin gelingen werde, einen Vertrag abzuschließen, der es gestattet hätte, zwischen allen Mitgliedstaaten der OEEC die Handelsbeschränkungen in gleichem Umfange zu lockern. Dies hätte im Rahmen einer Freihandelszone geschehen sollen. Die Verhandlungen darüber scheiterten jedoch, ohne daß sich die Grundzüge für eine langfristige Regelung abgezeichnet hätten.

Die EWG-Länder erklärten sich bereit, die Zollherabsetzung sämtlichen Ländern der Welt, die Mitglied des GATT (Internationales Abkommen über den Handel und die Zölle) sind, zugute kommen zu lassen, soweit die reduzierten Zollsätze nicht unter jenen liegen, die im gemeinsamen Zolltarif der EWG in Aussicht genommen sind. Sie erklärten sich auch zu einer Anpassung der Kontingente bereit. Ueber das genaue Ausmaß der Erweiterungen muß jedoch jedes Land bilateral mit den einzelnen EWG-Ländern verhandeln.

Die Benachteiligung, welche sich die der EWG nicht angehörenden Länder gefallen lassen müssen, wurde dadurch begrenzt. Das angewandte Verfahren kann jedoch nicht verhindern, daß im Laufe der Zeit die Diskriminierung größer wird. Je mehr die Binnenzölle der einzelnen EWG-Länder unter das Niveau des gemeinsamen Außentarifs, der gegenüber Nichtmitgliedstaaten gelten wird, reduziert werden, um so weniger wird der jetzt angewandte Mechanismus dem übrigen freien Europa Erleichterungen bringen.

Die Verhandlungen über eine langfristige Lösung, welche im Europaverkehr alle europäischen Länder gleichstellen würde, sind ziemlich festgefahren. Die nicht der EWG angehörenden Länder beharren auf einer Freihandelszone, die sie nicht zwingen würde, die eher protektionistische Zollpolitik der EWG mitzumachen. Die EWG-Länder andererseits wollen, abgesehen von den mehr politischen Argumenten, ihren Tarif, der ziemliche Verhandlungsreserven enthält, nicht durch eine Freihandelszone aushöhlen lassen, noch bevor die «Abschleifung» ihres Tarifs im GATT begonnen hat. Es mag sein, daß in einigen Jahren eine Verständigung zwischen den beiden Gruppen leichter sein wird, weil die Zollunterschiede zwischen der EWG und den übrigen Ländern dann geringer sein dürften. Vorerst scheint aber den EWG-Ländern nicht viel am Abschluß eines langfristigen Assoziationsvertrages zu liegen, der ganz Europa wirtschaftlich einigte. Sie sprechen in ihren Memoranden offen davon, daß das «westliche Lager» in Zukunft von drei Gruppen, den Vereinigten Staaten, Großbritannien und dem EWG-Block, beherrscht sein werde. Die französischen und deutschen Großmachtaspirationen vergangener Tage scheinen nun von den konservativen Politikern der beiden Länder auf die EWG-Gruppe projiziert zu werden.

Die Industrie der Länder, die außerhalb der EWG geblieben sind, wird durch diese Zukunftsaussichten ernstlich beunruhigt. Sie zögert mit Investitionen und befaßt sich immer mehr mit Plänen zur Errichtung von Filialbetrieben innerhalb der EWG. Die Behörden der EWG sind über diese Tendenz nicht unglücklich; sie hoffen, die EWG werde mehr und mehr zum Expansionszentrum Europas. Den kleinen Ländern, wie den drei skandinavischen Staaten, Oesterreich und der Schweiz, wird gnädig die Rolle wirtschaftlicher Satelliten zgedacht, mit denen man sich bilateral arrangieren werde. Diese Art, die «Einigung» Europas zu betreiben, ist nicht ganz neu. Aber bisher hat sie den Europäern noch nie viel Gutes gebracht.

Immerhin gibt es auch innerhalb der EWG Gruppen, welche diese Großmachtaspirationen nicht teilen. Ihr politischer Einfluß ist im Moment aber bescheiden, so daß kurzfristig die Aussichten für die Verwirklichung einer demokratischeren Version des Europagedankens nicht sehr aussichtsreich sind.

Das Volkseinkommen der OEEC-Länder

Volumenindex, 1953 = 100

	1953	1954	1955	1956	1957	1958
Privater Verbrauch	100	104	110	115	119	122
Oeffentlicher Verbrauch	100	100	100	106	109	112
Inländische Bruttokapitalbildung .	100	110	122	130	135	138
Bruttovolkseinkommen, insgesamt	100	105	111	116	121	123
Bruttovolkseinkommen pro Kopf der Bevölkerung	100	104	110	113	117	117
Privater Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung	100	103	109	112	115	116

Das Volkseinkommen der Vereinigten Staaten

Volumenindex, 1953 = 100

	1953	1954	1955	1956	1957	1958
Privater Verbrauch	100	101	109	112	115	(115)
Oeffentlicher Verbrauch	100	90	88	89	92	(95)
Inländische Bruttokapitalbildung .	100	102	113	116	115	(104)
Bruttovolkseinkommen, insgesamt	100	98	106	109	110	(107)
Bruttovolkseinkommen pro Kopf der Bevölkerung	100	97	103	103	103	(98)
Privater Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung	100	100	105	107	107	(105)

Quelle: 10. Jahresbericht der OEEC.

Dr. Waldemar Jucker, Bern.

Ein internationales Hilfsprogramm zugunsten der Anden-Indianer

Von *Jef Rens*,

stellvertretender Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes

Sieben bis acht Millionen Indianer, Nachkommen der Völker des alten Inka-Reiches, leben zurzeit auf der Anden-Hochebene, vor allem in den Staaten Ecuador, Peru und Bolivien. Durch die spanische Invasion vor vier Jahrhunderten in Elend und Einsamkeit gestürzt, stehen diese bedauernswerten Völkerstämme noch heute «außerhalb» der Länder, denen sie angehören.

Die Anden-Indianer fristen ein armseliges Dasein. Die Hochebene, auf der sie seit Jahrhunderten wohnen, bietet ohne Zweifel dem Reisenden großartige und unvergeßliche Anblicke, aber das Leben auf Höhen von drei-, vier- und fast fünftausend Metern, inmitten riesiger Steppen von kümmerlicher Vegetation, über die eisige Winde wehen, oder in den freundlicheren Tälern, deren Boden jedoch die Spuren starker Erosion trägt, ist ein unaufhörlicher Kampf. Mit